

20 Jahre Attac im Angesicht von »Shrinking Spaces«



Besetzung der Paulskirche 2018, Foto: Philip Eichler

Inhalt

Interview

IAA-Protteste – 2 –
Neue Klimabewegung – 3 –

Hintergrund

Sozial-ökologische Transformation – 4 –
Mercosur-Abkommen – 5 –

Kalender

Rückblick und Ausblick – 6/7 –

Portrait

Menschen in Attac – 8 –

Intern

20 Jahre Attac – 9 –

Aktiv

Attacademie – 10 –

Wohnungsgemeinnützigkeit – 10 –

Kiosk

Basistext Digitalisierung – 11 –

eindrücklich, wie sich Institutionen angesichts ihrer Krise abschotten und zivilgesellschaftliche Akteur*innen geschwächt werden sollen.

Demgegenüber steht eine wachsende Zahl von Menschen, die sich aktiv für eine nachhaltige und solidarische Politik engagieren. Die Formierung von neuen und großen Bewegungen wie #unteilbar und Fridays for Future ist Ausdruck einer lebendigen Demokratie. Dabei zeigt der Fall von Attac, dass viele Menschen dazu bereit sind, sich zu solidarisieren – es wird anerkannt, dass es kritischer Positionen im öffentlichen Diskurs bedarf und dass Organisationen wie Attac diese im Zweifelsfall auch unter widrigen Bedingungen einbringen.

Darum bleiben wir dran, jetzt erst recht. Wir werden noch viele Geburtstage feiern – in einer anderen Welt, die es heute zu retten gilt.

Judith Amler, Attac-Koordinierungskreis

In wenigen Monaten feiert Attac einen runden Geburtstag: Seit bald 20 Jahren engagieren wir uns gegen das neoliberale Dogma der Alternativlosigkeit. In ganz Deutschland arbeiten über 160 Regionalgruppen, thematische Arbeitsgruppen und unzählige Aktivist*innen unermüdlich an der Entwicklung und Verbreitung von Konzepten für eine andere Welt. Denn diese braucht es dringender denn je: Missstände, die von Attac im Jahr 2000 angeprangert worden sind, herrschen nach wie vor, die von ihnen vorhergesagten Folgen der Globalisierung treffen unsere Umwelt, unser Klima und Millionen Menschen mit zunehmender Wucht. Und dennoch beharrt die übergroße Mehrheit der Politiker*innen darauf, dass es keine Alternative gäbe zu einem auf Wachstum basierenden und ausbeuterischen Wirtschaftssystem.

Dabei geraten die etablierten Denk- und Entscheidungsmuster angesichts immer häufigerer Krisen selbst zunehmend unter Druck. Statt diese in einem demokratischen Prozess zu erneuern, verteidigen staatliche Institutionen das System jedoch mit aller Macht. Ein Ausdruck dessen sind beispielsweise verschärfte Polizeigesetze und eine aggressive politische Rhetorik, die Ressentiments schürt und gesellschaftliche Spaltungen vertieft. Auf diesem Nährboden gedeiht autoritäre Politik, die die Spielräume für zivilgesellschaftliches Engagement schrumpfen lässt. Ein vermeintlich niedrigschwelliger Schritt zur Einschränkung von Rechtsstaat und Demokratie ist die Austrocknung von Finanzierungsquellen für nichtstaatliche Akteur*innen. In Deutschland zeigt das Beispiel des Attac-Urteils des Bundesfinanzhofs

Erfolgreiche Proteste bei der Automesse IAA in Frankfurt am 15. September 2019

Mit zivilem Ungehorsam die Menschen zum Nachdenken bringen



Foto: Stephanie Handtmann



Foto: Stephanie Handtmann

Nicolas Odenwälder, 28, studiert Internationale Studien/Friedens- und Konfliktforschung. Er ist seit Oktober Mitglied im Koordinierungskreis.

Lieber Nic, du arbeitest bei der Mobilitätskampagne von Attac mit und warst für uns im Bündnis »Sand im Getriebe«, das zu den Blockaden bei der Automobilmesse IAA in Frankfurt aufgerufen hatte. Glückwunsch zu eurem Erfolg! Ich sage das umso lieber, weil ich am Anfang skeptisch war, ob es klug ist, sich mit »des Deutschen liebsten Kind« anzulegen. Aber ganz offensichtlich haben sich die Zeiten geändert?

Die Erkenntnis, dass die Klimakrise in vollem Gange ist, ist mittlerweile auch in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Deswegen gibt es zurzeit ein Fenster der Möglichkeiten, dass die Klimabewegung weit aufgestoßen hat. Wir von »Sand im Getriebe« haben uns mit der Autoindustrie angelegt und etwas erreicht, was selbst vor einem Jahr noch unmöglich erschien. Das Auto ist in Deutschland nicht mehr unumstritten! Diese Diskursverschiebung war eines unserer zentralen Anliegen in Frankfurt. Gemeinsam mit vielen anderen Gruppen haben wir es geschafft, das Thema Klimaschutz mit all seinen Facetten als wichtigstes Thema unserer Zeit in den Fokus zu rücken. Wenn auch zukünftige Generationen noch gute Lebensbedingungen auf unserem Planeten vorfinden sollen, müssen wir unsere Lebensweise radikal auf den Prüfstand stellen, und dazu gehört eben auch, wie wir uns fortbewegen.

Mit euren Aktionen haben die Proteste gegen den Klimakiller Auto eine neue Qualität erreicht. Wie habt ihr das geschafft?

Allein die Ankündigung der Blockadeaktionen ist auf ein enormes Medienecho gestoßen. Selbst konservative Zeitungen haben uns ausführlich

Raum gegeben, wir wurden zu Talkrunden eingeladen. Aktionen des zivilen Ungehorsams sind schon lange ein erfolgreiches Element der Klimagerechtigkeitsbewegung, wie zum Beispiel bei »Ende Gelände«, die den Klimakiller Braunkohle in den Fokus gerückt haben. Gerade im Verkehrsbereich ist das Umsteuern umso dringender nötig, denn dies ist der einzige Sektor in Deutschland, in dem die Emissionen jedes Jahr noch steigen. Trotz der kriminellen Machenschaften der Konzerne – Stichwort Dieselskandal – schaut die Politik mut- und tatenlos dabei zu, wie Autos immer größer und schwerer werden. Deswegen ist es auch in diesem Bereich nicht mehr genug, »nur« auf die Straße zu gehen. Ich glaube, dass unsere Aktionen zivilen Ungehorsams die Menschen zum Nachdenken bringen.

Mit der Mobilitätskampagne für einen Ausstieg aus der klimazerstörenden Automobilität legt ihr euch direkt mit der mächtigen Autoindustrie an. Sicher wird von den Herstellern das Arbeitsplatzargument geschwungen. Welche Argumente setzt ihr dem entgegen?

Durch die zunehmende Automatisierung in der Produktion werden die meisten Arbeitsplätze in der Autoindustrie mittel- und langfristig ohnehin wegfallen. Die Autokonzerne haben längst angekündigt, Stellen sukzessive abzubauen. Das ist eine Realität, mit der sich auch die Gewerkschaften zunehmend auseinandersetzen müssen.

Als Alternativen zur Automobilität nennt ihr öffentlichen Nahverkehr und das Rad, aber auch von kleinen E-Autos ist die Rede. Ist das angesichts der Umweltprobleme bei deren Herstellung überhaupt vertretbar?

Kleine Elektroautos können vernünftig sein an Stellen, wo es keine anderen Alternativen gibt.

Aber die Autos mit Verbrennungsmotoren durch Elektroautos ersetzen zu wollen, bringt keine Lösung unserer Probleme. Die Produktion von Elektromotoren ist extrem energieintensiv, und die Produktion der Akkus geht mit massiver Umweltzerstörung einher. Wir wollen eine Verkehrswende, und keine Antriebswende!

Damit der Autoverkehr in Zukunft spürbar abnimmt, muss ein kostenloser und gut ausgebauter ÖPNV zur Verfügung stehen. Für weitere Strecken muss Zug fahren so gut und bequem sein, dass Auto und Flugzeug die unattraktiveren Alternativen sind. Inlandsflüge gehören sowieso verboten! Auch der Güterverkehr muss wieder zurück auf Schiene und Fluss. Zum Gütertransport gehört auch die Frage, wo wir einkaufen, und wie viele Kilometer die Waren hinter sich haben, bevor sie in unserem Warenkorb landen!

Welche Verkehrsalternativen haben solche Ländereien wie ich, die 50 km vom Arbeitsplatz weg wohnen?

Der Kreativität sind da sicherlich wenig Grenzen gesetzt (grinst). Wenn wir autofreie Innenstädte fordern, ist uns schon bewusst, dass auf dem Land an vielen Stellen (noch) nicht auf das Auto verzichtet werden kann. Aber auch hier gilt: Mit einem gut ausgebauten Nahverkehr muss das Auto nicht mehr Hauptverkehrsmittel sein. Kostenlose Mitfahr-Plattformen sind sicherlich auch eine Alternative für Menschen, die jeden Tag längere Strecken pendeln müssen. Vielleicht müssen wir uns aber auch die Frage stellen, ob wir nicht weniger oder von zuhause aus arbeiten können?

Dass klimaneutrale Mobilität auch sozial vertretbar sein muss, ist eine Kernaussage eurer Kampagne. Welche Überlegungen habt ihr dazu?

Wir wollen, dass klimaschonende Mobilität grundsätzlich für alle möglich ist. Hier spielen der kostenlose Nahverkehr und ein erschwinglicher Fernverkehr auf der Schiene eine zentrale Rolle. In den großen Städten wäre das heute schon gut machbar, aber es fehlt der politischen Wille. Statt die Steuergelder in Abwrackprämien zu stecken, müssen unsere Infrastruktursysteme umgebaut werden. Wir können nicht darauf warten, dass die Politik irgendwann in die Gänge kommt. Deswegen kommt die nächste Blockade bestimmt!

Interview: **Lena Bröckl**

www.attac.de/kampagnen/verkehrswende

Jung, weiblich, aktiv!

Uli Brand im Gespräch zur neuen Klimabewegung

Uli Brand ist Politikwissenschaftler und Professor für Internationale Politik in Wien und Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.

Uli, du beschäftigst dich seit langem mit der Wirksamkeit sozialer Bewegungen. Nun hat die Klimabewegung eine Schippe draufgelegt, es sind völlig neue Akteure auf den Plan getreten, wie Fridays for Future und Extinction Rebellion. Haben wir es mit einer neuen Bewegung zu tun?

Wir haben es mit dem Beginn einer neuen sozialen Bewegung zu tun. Wie immer geschah das überraschend. Im Sommer 2018 hätten noch viele gesagt: Die jungen Menschen sind weitgehend unpolitisch, wollen das neueste Handy und sorgen sich um ihre Karriere und individuelles Glück. Interessant ist der globale Charakter der Bewegungen, der dennoch die jeweiligen nationalen und lokalen Eigenheiten betont. Mit Greta Thunberg gibt es eine unglaublich gute Ikone. Sie hat klare und den Problemen sehr angemessene Botschaften, sie lässt sich nicht vereinnahmen. Die Methode des Streiks ist sehr wirksam, also der Unterbrechung von Normalität als Regelverletzung und ziviler Ungehorsam – nämlich gegen die Schulpflicht. Und völlig gewaltfrei.

Wie immer bei sozialen Bewegungen: Sie entstehen nicht aus dem Nichts. Der Weltklimarat hat als Bündelung des wissenschaftlichen Wissens zu Klimawandel und Klimakrise seit 30 Jahren immer erdrückendere Nachweise geschaffen. Zudem wuchs in den einzelnen Gesellschaften das Umweltbewusstsein. Dazu kommen Erfahrungen wie Trockenheit, Starkregen und anderes. Ein globales Thema wird zur persönlichen Erfahrung. Dennoch gibt es in der Gesellschaft weiterhin genug Konsumismus, von den Unternehmen befeuert, und politischen Zynismus.

Diese neue Bewegung kommt sehr jung und vor allem sehr weiblich daher – trägt das zum spürbaren qualitativen Unterschied bei?

Die Jugendlichkeit von Greta Thunberg ist eine enorme Ermunterung für die Schüler*innen, ein Moment positiver Identifikation. Die Medien suchen jetzt überall »Gesichter«, und ich bekomme mit, dass in den Gruppen klar ist, dass die Repräsentation geschlechtergerecht sein soll. Das Thema Klimapolitik selbst ist auch weniger »mackeranfällig« – es geht ja nicht nur um große Politik, sondern auch um die Veränderung der eigenen Lebensweise, man könnte sagen: der Reproduktionsverhältnisse.

De facto wissen wir, dass wichtige Weichenstellungen im alltäglichen und kulturellen Bereich liegen. Fette Autos und unter fürchterlichen Bedingungen produzierte Handys und Klammern werden gekauft. Es wird geflogen. Die globalisierungskritische Bewegung, die vor 20 Jahren begann, hatte noch viel stärker eine Perspektive »die da oben« gegen »uns«. Das gibt es weiterhin, aber es hat sich auf die eigene Lebensweise ausgeweitet. Das finde ich sehr spannend.

Eine Aufgabe wird nun darin liegen, vom Konsens »Kampf gegen die Klimakrise und für die Reduktion von Emissionen« zu konkreten Zielen und Forderungen zu kommen. Das wissen wir von den Anti-Braunkohleprotesten, Protesten wie »Ende Geländewagen« oder gegen Fleischfabriken. Dann wird es konfliktiv.

Die Klimabewegung bezeichnet sich selbst als »unstoppable«. Denkst du, der notwendige Druck kann angesichts der institutionalisierten und mächtigen Beharrungskräfte aufrechterhalten werden?

Das ist aktuell eine entscheidende Frage. Immerhin ist die Bewegung gut über den Sommer gekommen. Als kritischer Analytiker von Staat und Politik bin ich zunächst einmal skeptisch gegenüber einem Staats- und Regierungshandeln, das nun sagt, wir müssen wirklich den Hebel umlegen. Im Zweifel werden mächtige ökonomische Interessen der Automobil-, Luftfahrt- und Landwirtschaftsindustrie abgesichert. Dennoch gibt es immer Konflikte im Staatsapparat, und die Hoffnung wäre, dass progressive Akteure über die aktuellen Bewegungen gestärkt werden. Parteipolitisch ist zu wünschen, dass sich transformatorische Perspektiven im Hinblick auf ökologische wie auch gesellschaftliche Fragen bei den Grünen, in der Linkspartei und der SPD stärker verankern, aber auch in den Gewerkschaften. Dafür haben sich die Bedingungen zweifellos verbessert.

Kapitalismuskritik ist ein Hauptmotiv geworden – siehst du Chancen, die festgefahrene Debatte der letzten Jahrzehnte, den Kapitalismus betreffend, endlich aufzubrechen?

Das sehe ich nicht so. Ob und wie der Kapitalismus kritisiert werden soll, ist bei den Fridays for Future umstritten. Sie stellen die »Systemfrage«, da hören viele Linke gleich Kapitalismuskritik. Doch ich habe in den letzten Monaten gelernt, dass bei vielen jungen Aktivist*innen der Kapitalismusbegriff oft abstrakt rüber-



Foto: Stephanie Handtmann

kommt und keine politischen Eingriffspunkte bietet. Hier steht noch einiges an politischer Selbstverständigungs- und Bildungsarbeit an. Und die geschieht ja auch. Schlecht wäre es meines Erachtens, wenn von kapitalismuskritischen Kleingruppen nun eine Art »Entrismus«, also des heimlichen Eindringens, in die Klimagerechtigkeitsbewegung betrieben würde. Das läuft Gefahr, als besserwisserisch und autoritär rüberzukommen. Es gilt anzuerkennen: Da sozialisiert sich der Großteil einer politischen Generation über ein Thema. Es liegt an jenen, die über mehr politische Erfahrung verfügen, Deutungsangebote zu machen. Der Begriff der »imperialen Lebensweise« etwa ist ein solches Angebot.

Eine zweite und wahrscheinlich viel gefährlichere Spaltungsgefahr wird von außen kommen. Das wissen wir aus der Geschichte sozialer Bewegungen: Frontalangriffe, wie wir sie vermehrt auf Greta Thunberg erleben, und andere Strategien der Delegitimierung. Wir sollten nicht vergessen, dass die Gegenseite der fossilen Industrie unglaublich viel Geld und Macht hat, die sie in Einfluss umsetzt. Da kann ich mir vorstellen, dass die Aktivist*innen eher zusammenrücken.

Eine viel kompliziertere Spaltungsstrategie wird jene sein, die ich bald erwarte. Die Medien werden zwischen »guten« und »schlechten« Klimaaktivist*innen unterscheiden. Die »Guten« haben radikale Forderungen an die Politik, erkennen aber weiter die Letztverantwortung der Politik an, die sich herausreden wird. Doch das wird immer weniger akzeptiert werden. Argumente, Symbole und Aktionen werden eben auch herrschende Akteure konkreter infrage stellen. Das geschieht ja längst. Doch wenn die Bewegung stärker wird, dann wird es zur Spaltung kommen. Medial werden »Gewaltbereite«, »zu Radikale«, »solche, die den Boden der demokratischen Grundordnung verlassen« konstruiert werden. In die Falle darf die Bewegung nicht treten.

Interview: **Stephanie Handtmann**

Die sozial-ökologische Transformation finanzieren

Es rechnet sich!

Unsere Produktions- und Lebensweise führt in steigendem Maße zu schwerwiegenden Veränderungen unserer Umwelt. Die aktuell bedrohlichste ist der Klimawandel, der bereits jetzt die Existenzgrundlage vieler Menschen zerstört.

Um unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, steht vieles mit hoher Dringlichkeit auf der Tagesordnung: der Umbau von Produktions- und Verkehrssystemen sowie von Konsum- und Lebensweisen. Dies bedarf erheblicher Investitionen, und entgegen aller Befürchtungen können wir diese auch realisieren. Gegenwärtig leben wir in Bezug auf unsere Umweltnutzung über unsere Verhältnisse, bleiben wirtschaftlich-technisch jedoch unter unseren Möglichkeiten.

Entwicklung statt Wachstum

Damit soll jedoch nicht weiteres Wachstum angeregt werden. Wachstum war (und scheint für viele Politiker*innen immer noch) die einfache Methode zur Lösung aller Probleme: »The rising tide lifts all boats.« Dieser Satz stimmt längst nicht mehr. Zum einen bleiben trotz Wachstum zu viele zurück, die Einkommens- und Vermögensungleichheit nimmt weiter zu. Zum anderen können wir es uns nicht mehr leisten zu wachsen, ohne zu fragen, was denn wachsen soll. Der traditionelle Indikator, das Bruttosozialprodukt, verliert immer mehr an Aussagekraft, denn er misst die falschen Dinge. Es geht nicht mehr um die Produktion von immer mehr marktfähigen Gütern und Dienstleistungen um jeden Preis, sondern um die Ermöglichung eines guten Lebens in einer nachhaltigen Umwelt.

Vorrangig dem Staat kommt dabei auf allen Ebenen die Aufgabe zu, die Richtung für die Transformation vorzugeben. Es geht um Infrastruktur-entscheidungen, um gesetzliche Regelungen zur Umweltkompatibilität von Stoffen und Verfahren, um sozial-ökologische Förderinstrumente. Dies immer im Dialog mit den Betroffenen.

Wie finanzieren?

Um die notwendigen Finanzmittel aufzubringen, muss die Gesamtarchitektur unseres Abgabensystems grundlegend reformiert werden. Die Gewichtung der zentralen Aufkommensbereiche »Arbeit«, »Verbrauch/Umsatz«, »Umwelt« sowie »Vermögen/Kapital« ist neu auszurichten.

- Die Abgaben auf Arbeit (Lohnsteuer und Sozialbeiträge) sind zu reduzieren. Da Menschen mit niedrigem Einkommen kaum Steuern zahlen und hier auch nicht entlastet werden können, muss auf der Ebene der Sozialversicherung eingegriffen werden, um höhere Belastungen in anderen Bereichen auszugleichen.



Foto: Stephanie Handtmann

- Es ist notwendig, klimaschädliche Produktion und Verbrauch zu besteuern. Als ersten Schritt bietet sich dabei der Abbau umweltschädlicher Subventionen (Stichworte »Dieselprivileg« oder »Kerosinsteuer«) an.
- Da Besitzende an der Zukunftssicherung ihrer Vermögenswerte interessiert sind, sollten sie auch dazu beitragen. Im Vergleich zu den erzkapitalistischen Staaten Großbritannien und USA ist die Vermögensbesteuerung in Deutschland sehr gering. Eine Steuererhöhung für die Spitzenvermögen ist daher gerechtfertigt und verkraftbar.
- Auch der Finanzbereich muss zur Finanzierung der sozialökologischen Transformation herangezogen werden. Die Zusage der Politik, eine effektive Finanztransaktionsteuer einzuführen, ist nicht eingelöst. Ganz ohne Steuermaßnahmen könnte der Staat seine Einnahmen erhöhen, wenn er endlich konsequent Steuerhinterzieher*innen verfolgen und Steuervermeidungsstrategien verhindern würde.

Wie man es nicht machen sollte, zeigt ein aktuelles Gesetzgebungsverfahren, nach dem die Wirtschaft durch eine Zulage für Forschungsausgaben von fünf Milliarden Euro entlastet werden soll. Die Zulage ist dabei unabhängig von der Gewinnsituation und der ausgeübten Forschungstätigkeit. Statt gezielt klimaschutzorientierte Forschung zu fördern, wird Geld mit der Gießkanne ausgeschüttet.

Kann denn Leihen Sünde sein?

Nein, jetzt sicherlich nicht. Die Aufnahme von Krediten ist geboten und möglich. Gegenwärtig

sind weltweit 14 Billionen US-Dollar an Staatsanleihen mit negativen Zinsen am Markt, und es gibt auch erste Unternehmensanleihen mit negativer Verzinsung (zum Beispiel Siemens). Anlagesuchendes Kapital ist genügend vorhanden. Es muss nur in die Realwirtschaft gelenkt werden, statt mit ihm Finanzspekulationen in immer neue Höhen zu treiben.

- Zum einen geht es dabei um die direkte Kreditaufnahme des Staates. Förderprogramme für Forschung und Entwicklung bringen einen sicheren Ertrag in der Zukunft.
- Wichtig ist auch der Schritt zur Kreditlenkung. Die nationalen und europäischen Förderbanken KfW und EIB müssen bei ihrer Kreditvergabe vorrangig auf Projekte ausgerichtet werden, die die Transformation unterstützen. Neben zentralen Aktivitäten sind regionale Initiativen und Entwicklungen zu fördern. Die Vergabe zinsverbilligter Kredite kann über Regionalbanken erfolgen, die vor Ort Aktivitäten qualifiziert beurteilen können. Null-Zins oder negative Zinssätze darf es nicht nur für Konzerne geben.

Rechnet es sich?

Es kommt darauf an, wie man rechnet. Ein Umsteuern bedeutet zusätzliche Belastungen. Betrachtet man die zukünftige Situation aber unter dem Blickwinkel von »Wir tun heute was« im Gegensatz zu den Folgen eines »Wir machen weiter wie bisher«, dann spricht alles dafür, jetzt aktiv zu werden. Dann bringt jeder Euro an Investition heute eine sichere Rendite in der Zukunft. Vor allem aber: Dann haben wir eine Zukunft.

Alfred Eibl, Attac-Koordinierungskreis

Mercosur-Abkommen stoppen!

Das Handelsabkommen bedroht Mensch und Umwelt



Foto: Stephanie Handtmann

Mit einem Handelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten Argentinien, Paraguay, Uruguay und Brasilien soll die größte Freihandelszone der Welt entstehen. Angeblich ist das Abkommen fertig ausgehandelt, aber der Widerstand hält an:

Am 18. September haben Bäuerinnen und Bauern die Zufahrt zu Deutschlands größtem Hafen für Futtermittelimporte im niedersächsischen Brake blockiert. Sie demonstrierten damit gegen den Import von Soja und Fleisch, der durch das EU-Mercosur Handelsabkommen weiter zunehmen würde.

Am selben Tag hat der EU-Unterausschuss im österreichischen Parlament die österreichische Regierung verpflichtet, im EU-Rat ein Veto gegen den Handelsvertrag einzulegen. Damit ist das EU-Mercosur-Abkommen vorerst gestoppt. Auch Frankreich, Irland und Luxemburg wollen das Abkommen so nicht ratifizieren; im Europaparlament werden Gegenstimmen laut. Möglich wurde dies einerseits, weil fünf Jahre Widerstand gegen TTIP, CETA und Co die Ablehnung von »Freihandelsabkommen« weit in die Mitte der Gesellschaft getragen haben, und andererseits, weil sich eine breite Klimabewegung weltweit Gehör verschafft. So haben die weltweiten »Fridays for Future«-Demonstrationen am 20. September gezeigt, wie vielfältige Bewegungen gemeinsam denken und gemeinsam handeln können. Es ist deutlich geworden, dass diese Bewegungen zusammengehören. Der Welthandel ist in

den letzten Jahrzehnten wesentlich stärker als die Warenproduktion gestiegen, weltweite Handelsströme verursachen ein Viertel der globalen Treibhausgasemissionen. Die katastrophalen Auswirkungen des Welthandels auf das Klima spielen daher in der Klimadebatte eine immer stärkere Rolle.

Der Amazonas-Regenwald brennt für einen weiteren rücksichtslosen Ausbau von Sojaanbau und Rinderzucht. Sojaimporte sind auch in Europa die Grundlage für industrielle Massentierhaltung, die zunehmend für den Export produziert – was hier nicht nur das Klima zusätzlich belastet und das Grundwasser verseucht, sondern ebenso die bäuerliche Landwirtschaft durch Dumpingpreise unter Druck setzt. Der Wettbewerbsvorteil, den die Agrarlobby in den Mercosur-Staaten beim Rindfleisch durchgesetzt hat, führt dazu, dass sich die Wettbewerbssituation der Bäuer*innen hier in Europa verschlechtert. Gleichzeitig wird den Kleinbäuer*innen in Afrika der Zugang zum europäischen Markt erschwert und damit deren Existenzgrundlage bedroht – so »bekämpft« die EU Fluchtursachen. Kleinbauern und Kleinbäuerinnen in Europa und Afrika haben also eines gemeinsam: Sie sind Opfer solcher Freihandelsabkommen, die durch eine Steigerung von Agrarimporten die industrielle Landwirtschaft und Massentierhaltung von Agrarkonzernen fördern.

Wo neoliberale Wachstumsversprechen nicht mehr ausreichen, übernehmen immer öfter

rechtsextreme, faschistische Hardliner das Ruder. Der brasilianische Präsident Bolsonaro, laut Deutscher Bank der »Wunsch Kandidat der Märkte«, ist Freund und Protegé der Agrarlobby. Bolsonaro wird unter anderem mit dem Satz zitiert, er bedauere, »dass die brasilianische Kavallerie nicht so effektiv war wie die Amerikaner, die ihre Indianer ausgerottet haben«. Indigene Schutzgebiete sollen für eine stärkere wirtschaftliche Ausbeutung geöffnet, dafür indigene Gemeinschaften vertrieben und der Regenwald für Wirtschaftsinteressen vernichtet werden.

Die Bundesregierung will selbst nach den Waldbränden im Amazonas-Gebiet nicht das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten blockieren. Das Abkommen enthalte »ein ambitioniertes Nachhaltigkeitskapitel mit verbindlichen Regelungen zum Klimaschutz«, so ein Sprecher. Das Mercosur-Abkommen ermögliche der EU, Druck auf Bolsonaro aufzubauen. Die Bundesregierung musste jedoch mittlerweile eingestehen, dass das EU-Mercosur-Abkommen keinerlei Sanktionen vorsieht, falls die brasilianische Regierung weiter Brandrodungen im Amazonasgebiet vorantreibt oder gegen das Pariser Klimaschutzabkommen verstößt.

Das Grundprinzip aller Nachhaltigkeitskapitel in EU-Handelsabkommen ist eben: sie verpflichten zu nichts. Sie zünden Nebelkerzen aus unverbindlichen Dialogen und gegenseitigen Konsultationen und beschwören die Entwicklung und Anwendung freiwilliger Systeme. Wirkliche Durchsetzungsmechanismen sind nicht erwünscht.

Dass die Bundesregierung das Abkommen nicht verhindern möchte zeigt deutlich, dass für sie die Exportinteressen der deutschen Auto-, Maschinen- und Chemieindustrie eine wichtigere Rolle spielen als Umwelt, Klimaschutz, eine nachhaltige Landwirtschaft, Verbraucherschutz oder Menschenrechte.

Auch wenn die Zukunft des Mercosur-Abkommens noch lange nicht entschieden ist, lässt doch eines hoffen: Soziale Kämpfe verlaufen nie gradlinig. Von TTIP über CETA und Co zu Mercosur ist eine neue Dynamik entstanden. Eine Dynamik, die Bewegungen zusammenbringt. Jetzt gemeinsam das EU-Mercosur-Abkommen zu verhindern könnte auch der Anfang vom Ende von CETA und Co und ein Mosaikstein im Aufbruch zu einem ganz anderen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell sein.

Roland Süß, Attac-Koordinierungskreis und AG Welthandel und WTO



Attac-Sommerakademie in Bochum, Foto: Stephanie Handtmann



»Gehzeug«-Parade durch Bochum, Foto: Stephanie Handtmann

Rückblick

6. Juli 2019

Sechs Länder, 90 Städte: Demos für sichere Häfen

Europaweit gehen in mehr als 90 Städten und sechs Ländern Menschen auf die Straßen, um die Entkriminalisierung der Seenotrettung sowie sichere Häfen für Menschen auf der Flucht zu fordern. Die Demonstrationen werden von der Bewegung »Seebücke« organisiert. Attac hat mit zu Protesten aufgerufen.

10. Juli 2019

IWF unterstützt Attac-Forderungen

Ausgerechnet der Internationale Währungsfonds kritisiert die wachsende soziale Spaltung in Deutschland. Als Gegenmittel empfiehlt er wirksame Erbschafts- und Schenkungssteuern sowie eine Vermögensteuer. Willkommen bei Attac.

15. Juli 2019

Attac-Studie: Gesamtkonzernsteuer wirkt gegen Steuerflucht

Die Einführung einer Gesamtkonzernsteuer ist eine wirksame Maßnahme, Steuerflucht multinationaler Konzerne zu bekämpfen. Zu diesem Ergebnis kommt eine vom Europäischen Attac-Netzwerk herausgegebene Untersuchung, die anlässlich des Treffens der G7-Finanzminister in Paris vorgestellt wird.

31. Juli bis 4. August 2019

Gutes Leben für alle im Fokus der Sommerakademie

Wie kommen wir zum guten Leben für alle? Diese Frage steht im Fokus der Attac-Sommerakademie in Bochum. In fast 100 Workshops und Foren setzen sich die 450 Teilnehmer*innen mit der Globalisierung auseinander und lernen Alternativen kennen. Im Mittelpunkt stehen Ansätze für einen sozial-ökologischen Umbau.

2. August 2019

Platz da! Klimagerechte Mobilität für alle!

Die Teilnehmer*innen der Attac-Sommerakademie und das lokale Radwende-Bündnis ziehen mit einer »Gehzeug«-Parade durch Bochum. Sie fordern klimagerechte und platzsparende Alternativen zum Autoverkehr.

20. bis 25. August 2019

G7-Proteste im Baskenland

Unter dem Motto »Nein zur G7 – für eine andere Welt!« protestiert ein breites Bündnis gegen den G7-Gipfel in Biarritz. Attac beteiligt sich an den Gegenaktivitäten im Baskenland, in deren Zentrum der Alternativgipfel in Hendaye und Irun steht. Eine Demo bringt den Protest auf die Straße, dazu kommen dezentrale Aktionen.

24. August 2019

#unteilbar in Bewegung

Eine Woche vor den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen treten 35.000 Menschen bei der Demo des Unteilbar-Bündnisses in Dresden für die Unteilbarkeit der Menschenrechte ein. Attac beteiligt sich.

12. September 2019

Aktionsbündnis »Wohnen ist Menschenrecht« gegründet

Das neu gegründete Bündnis »Wohnen ist Menschenrecht« schlägt Alarm und fordert einen radikalen Kurswechsel in der Wohnungs- und Mietpolitik. Zu den Trägern gehören neben Attac unter anderem der DGB und der Mieterbund.

13. September 2019

Attac bringt verkehrspolitische Akteure an einen Tisch

Zum Auftakt der IAA-Proteste in Frankfurt bringt Attac bei der Veranstaltung »Verkehrswende gemeinsam durchsetzen« verkehrspolitische Akteure an einen Tisch, um auszuloten, wie sie gemeinsam der Autoindustrie die Stirn bieten können.

14. September 2019

Fahrrad-Sternfahrt und Demo vor die Messtore der IAA

Bei einer Demo und Fahrradsternfahrt unter dem Motto #aussteigen tragen 25.000 Menschen ihre Forderung nach einem sofortigen Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor vor die Messtore der IAA in Frankfurt. Attac beteiligt sich mit einem eigenen Block und einem vielbeachteten Aktionsbild an der Demo.

15. September 2019

Blockaden streuen Sand ins Getriebe der IAA

Aktivist*innen des Bündnisses »Sand im Getriebe« – darunter viele Attacies – blockieren stundenlang mehrere Eingänge zur IAA. Die friedliche Aktion zivilen Ungehorsams stößt auf enormes öffentliches Interesse – nicht nur der Medien. Die Debatte um klimagerechte Mobilität ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

20. September 2019

#AllefürsKlima: 1,4 Millionen bei Klimastreik in Deutschland

Rund um den Globus folgen Millionen Menschen dem Aufruf von Fridays for Future und beteiligen sich am globalen Klimastreik. Allein in Deutschland gehen 1,4 Millionen Menschen aller Generationen auf die Straßen, um Druck zu machen für wirksame Maßnahmen gegen die Klimakrise.



#unteilbar-Demo in Dresden, Foto: unteilbar.org / Ahmad M.kadd



IAA-Demo, Foto: Stephanie Handtmann

20. September 2019

Pillepalle statt Klimaschutz

Allen Versprechen zum Trotz: Was das so genannte Klimakabinett vorlegt, ist Pillepalle. So verhöhnt die Bundesregierung das Engagement von Millionen Menschen. Die mächtigen Profitinteressen der Kohle- und Autoindustrie, der Agrarlobby und der Chemiekonzerne verhindern erneut eine effektive Klimapolitik.

20. und 21. September 2019

Neue Wohnungsgemeinnützigkeit nötig?

Um Auswege aus der Wohnungsmisere geht es bei der Konferenz »Kommunen und Wohnen« in Frankfurt. Ein Vorschlag rückt dabei immer wieder ins Zentrum der Diskussion: die (Wieder-)Einführung einer Wohnungsgemeinnützigkeit. Die Konferenz wird von Attac mit Verdi und weiteren Initiativen ausgerichtet.

4. bis 6. Oktober 2019

Herbststratschlag des Attac-Netzwerks in Frankfurt

Die Rechtsentwicklung im Osten und die Plattformökonomie stehen im Mittelpunkt der Debatte beim Herbststratschlag, zu dem Attac-Aktive in Frankfurt zusammenkommen. Die Delegierten wählen zudem die bundesweiten Gremien und verabschieden den Haushalt 2020.

12. bis 18. Oktober 2019

Aktionstour »Menschenrechte vor Unternehmensgewinnen«

Mit einer internationalen Bustour tragen Attac-Aktivist*innen ihre Forderung nach »Menschenrechten vor Unternehmensgewinnen« von Genf nach Wien: In Genf verhandelt der UN-Menschenrechtsrat darüber, Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen haftbar zu machen. Zeitgleich plant in Wien die UN-Handelsrechtskommission eine Neuauflage der Sonderklage-

rechte für Konzerne. (Termin nach Redaktionsschluss)

12. Oktober 2019

Menschenrechtsverletzungen in Textilindustrie angeprangert

Attac-Aktivist*innen prangern auf der Frankfurter Einkaufsstraße Zeil Menschenrechtsverletzungen in der Textilindustrie an. Anlass ist der Aktionstag »Menschenrechte schützen, Konzernklagen stoppen!«. Die Aktion bildet zugleich den Auftakt zur Bustour nach Wien. (Termin nach Redaktionsschluss)

Ausblick

2. November 2019

Regionaltreffen in Nordrhein-Westfalen

Attac-Gruppen aus Nordrhein-Westfalen kommen in Dortmund zum Regionaltreffen zusammen. Themen sind »Die Globalisierung und die Klimafrage«, »Handelspolitik und Klima«, Rechtspopulismus und der Binding Treaty.

29. November 2019

Global Strike Day von Fridays for Future

Nach dem Global Strike Day im September kündigt Fridays for Future den nächsten globalen Streik an. Das Ziel: Vor der UN-Klimakonferenz Anfang Dezember in Chile weltweit Druck machen für eine wirksame Klimapolitik und Klimagerechtigkeit. www.fridaysforfuture.de/globaldayofclimateaction

29. November bis 1. Dezember 2019

Ende Gelände blockiert Lausitzer Kohlerevier

Zum Auftakt der UN-Klimaverhandlungen in Chile ruft das Bündnis Ende Gelände dazu auf,

die Kohleinfrastruktur in der Lausitz zu blockieren. Tausende werden gemeinsam einen sofortigen Kohleausstieg fordern. www.ende-gelaende.org

18. Januar 2020

Demo »Wir haben es satt« in Berlin

Industrielle Landwirtschaft? Wir haben es satt! Zum zehnten Mal gehen Menschen bei der Wir-haben-es-satt-Demo in Berlin für eine Ernährungs- und Agrarwende auf die Straße. Auch Attac ruft dazu auf. www.wir-haben-es-satt.de

28. Januar 2020

Erneuter Prozess um Gemeinnützigkeit von Attac

Die juristische Auseinandersetzung um die Gemeinnützigkeit von Attac geht in die nächste Runde: diesmal wieder vor dem Hessischen Finanzgericht. Das hatte Attac zwar bereits 2016 als gemeinnützig eingestuft – der Bundesfinanzhof (BFH) hob das Urteil aber auf. Das Hessische Finanzgericht muss nun erneut die Gemeinnützigkeit von Attac überprüfen – unter den eng gefassten Vorgaben des BFH.

15. bis 16. Februar 2020

20 Jahre Attac Deutschland

Attac Deutschland wird 20 Jahre alt. Zeit zu feiern – und die aktuellen politischen Verhältnisse kritisch in den Blick zu nehmen. »Demokratie und Zivilgesellschaft« lautet der Arbeitstitel einer prominent besetzten Veranstaltung in der Frankfurter Paulskirche, zu der Attac gemeinsam mit der Stadt Frankfurt einlädt. Abends steigt die Party. Bei einer Matinee am folgenden Tag steht das Jubiläum im Mittelpunkt.

Mehr Informationen zu den Terminen:

www.attac.de/veranstaltungen

Menschen in Attac

Gemeinsam für Weltoffenheit und Toleranz – Erfahrungen, die Früchte tragen

Johannes Döring, 39, hat Kommunikationswissenschaften studiert und ist derzeit aktiv bei Attac Dresden und im Koordinierungskreis von Attac Deutschland.

Johannes, wie bist du zu Attac gekommen, und was machst du bei uns?

Ich bin der Meinung, dass ich mich selbst engagieren muss, bevor ich anderen sage, dass sich etwas ändern muss. Deshalb bin ich vor vier Jahren zur Regionalgruppe Attac Dresden gegangen. Kurz danach wurde ich auf einem sehr spannenden und interessanten Ratschlag in den Rat gewählt und habe mich im Folgejahr für den Koordinierungskreis beworben. Dort bin ich nun das dritte Jahr in Folge Mitglied. In dieser Zeit habe ich mich in der Finanz-AG engagiert und organisiere, soweit meine Zeit dies zulässt, die Ratschläge mit. Im letzten Jahr konnte ich mich bei der Vorbereitung und Durchführung des großen Europakongresses in Kassel an zentraler Stelle einbringen – das war das Highlight meiner bisherigen Zeit bei Attac. Auch wenn dabei sicher das eine oder andere noch verbesserungswürdig war, herrschte doch eine sehr schöne und anregende Stimmung mit vielen interessanten Debatten zur Zukunft Europas jenseits des neoliberal dominierten Modells, das derzeit vorherrscht.

In Dresden haben am 24.8. mehrere Zehntausend Menschen bei einer #unteilbar-Demo für eine offene und freie Gesellschaft demonstriert. Wie wart ihr von Attac Dresden daran beteiligt?

Die #unteilbar-Demo war eine wirklich tolle Erfahrung! Es war die größte Demonstration in Dresden seit der Wende. An einer derartigen friedlichen, entspannten und bunten Demo habe ich vorher selber noch nicht teilgenommen. Auch das Finden von spektren-, organisations- und parteienübergreifenden Themen war eine sehr angenehme Erfahrung, die in den nächsten Jahren hoffentlich noch Früchte tragen wird.

Unsere Regionalgruppe hat zusammen mit einigen anderen Organisationen und Gruppierungen wie Ende Gelände, Extinction Rebellion, Students und Fridays for Future einen Lautsprecherwagen im Klimablock gestellt und einen Stand auf dem Gelände der Abschlussveranstaltung gehabt.

Es heißt, viele Menschen im Osten wählen die AfD, weil sie sich abgehängt und durch die



Foto: Stephanie Handtmann

Wende gedemütigt fühlen. Aber warum wählen sie dann nicht links?

Gute Frage... Grundsätzlich ist das Wort Demütigung sicher ein zu starkes Wort. Ich denke, dass eines der Hauptprobleme darin besteht, dass Ex-Bundeskanzler Kohl damals blühende Landschaften versprochen hat und die Leute dachten, das beziehe sich auf das gesamte Leben, vor allem natürlich auch auf die Arbeit, und nicht nur auf sanierte Städte. Als dann die Treuhand die ostdeutschen Betriebe und Unternehmen für den sprichwörtlichen Appel und ein Ei verscherbelte, konnte man sehr schnell das Gefühl gewinnen, dass die eigene Arbeit vor der Wende im Grunde nicht für sinnvoll und schon gar nicht für erhaltenswert befunden wurde. Wo die Euphorie, die durch die Wende ausgelöst wurde, auf solche Gefühle und viel zu häufig auch auf den Verlust des Arbeitsplatzes traf, war vielleicht nicht viel Besseres zu erwarten.

Die Meinung, dass vor allem abgehängte Menschen die AfD wählen, teile ich nicht, weil ja ein Großteil ihrer Wähler*innen aus dem Kleinbürgertum kommt, also Leute sind, die Arbeit haben. Möglicherweise entwickeln sie darauf aufbauend Verlustängste.

Grundsätzlich gehört zur Ursachenforschung, warum die Leute rechts wählen, ganz massiv mit dazu, dass sich gerade hier in Sachsen eine rechtsextreme Szene relativ ungehindert ausbreiten konnte. Das wurde von der CDU über viele Jahre schlicht ignoriert, während linke Projekte finanziell ausgetrocknet wurden. Wenn schon der langjährige Ministerpräsident



#unteilbar-Demo in Dresden, Foto: unteilbar.org / Ahmad M.kadd

Kurt Biedenkopf mehr oder minder unwidersprochen Sätze wie »Die Sachsen sind immun gegen den Rechtsradikalismus« von sich geben konnte, musste man aus deren Sicht ja auch nichts dagegen tun.

Und dass die Sächsinen und Sachsen die Linke nicht in Regierungsverantwortung gewählt haben, hat damit zu tun, dass ein nicht zu unterschätzender Teil der Bevölkerung eine heftige Aversion gegen die Linke als gefühlte Nachfolgepartei der SED hegt.

In Dresden gibt es eine sehr starke Rechte. Wie sieht euer Umgang damit aus?

Wir Attacies engagieren uns bei Veranstaltungen, die für Weltoffenheit und Toleranz werben, wie zum Beispiel den interkulturellen Tagen oder solchen, die die Nazigeschichte aufarbeiten. Wir unterstützen den »Mahngang Täterspuren«, der aus Anlass des Jahrestags der Bombardierung Dresdens dieses Mal über Rüstungsindustrie und Zwangsarbeit im nationalsozialistischen Dresden informiert hat. Und natürlich versuchen wir, bei Demos wie #unteilbar sichtbar zu werden und rufen zur Teilnahme auf.

Es kommt aus unserer Sicht auch darauf an, eine andere Perspektive zu etablieren: nämlich die einer solidarischen Gesellschaft, die den Menschen eine bessere Perspektive zu bieten hat als die menschenfeindliche Rechte das mit ihren vermeintlich einfachen Lösungen wie der Ausgrenzung von Fremden und Andersdenkenden kann.

Interview: Achim Heier

20 Jahre Attac

In welcher Gesellschaft wollen wir leben?



Foto: Philip Eichler

Im September vergangenen Jahres besetzten rund 80 Attac-Aktivist*innen 24 Stunden lang die Paulskirche in Frankfurt. Am 15. Februar 2020 wird Attac anlässlich seines 20-jährigen Bestehens die Diskussion über zivilgesellschaftliches Engagement in einer lebendigen Demokratie hier fortsetzen: an diesem symbolträchtigen Ort, an dem 1848 die erste demokratische Verfassung und der erste Grundrechtekatalog in Deutschland ausgearbeitet wurden. Die Veranstaltung findet in enger Kooperation mit der Stadt Frankfurt statt und bildet den Auftakt zu deren Reihe »Bürgerdialog zur Paulskirche«.

Das Urteil des Bundesfinanzhofs (BFH) zur Aberkennung der Gemeinnützigkeit (»zu politisch!«) hat nicht nur Attac erschüttert, sondern auch Verunsicherung bei vielen anderen Organisationen ausgelöst. Diese Verunsicherung birgt das Potenzial, die Zivilgesellschaft zu lähmen, und ist fatal in einer Zeit, in der rechtsextreme Ideologien täglich mehr Raum einnehmen.

Schrumpfende Handlungsspielräume für zivilgesellschaftliches Engagement (»Shrinking Spaces«, siehe S.1) sehen wir nicht nur in Ländern mit autoritären oder undemokratischen Regierungen. Sie machen sich auch hierzulande zunehmend auf verschiedene Art und Weise bemerkbar: beispielsweise in der Kriminalisierung von Seenotrettung, beim Versammlungsrecht in Form von verschärften Polizeigesetzen oder wenn die Landesregierung in Baden-Württemberg fordert, der Deutschen Umwelthilfe die Gemeinnützigkeit abzuerkennen. Die BFH-Entscheidung reiht sich nahtlos in diese Liste ein. Doch gerade jetzt sind Akteure, die sich für soziale, ökologische und Menschenrechte einset-

zen, bitter nötig. Sie sollten gestärkt und nicht geschwächt werden.

Frankfurts Oberbürgermeister Peter Feldmann sagt in der Frankfurter Rundschau: »Die Paulskirche ist für mich das stärkste Symbol der deutschen Demokratie. [...] Ich möchte [...] ein Forum schaffen, in dem kritisch über unsere Demokratie diskutiert werden kann. Es braucht dann keine Besetzung mehr durch die Aktivist*innen von Attac oder Fridays for Future. Ich möchte, dass wir diskutieren in der Tradition der kritischen Frankfurter Schule, in einem radikalen Demokratieverständnis. [...] Wie können Menschen heute weltweite Ziele wie soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte, Pressefreiheit und Redefreiheit durchsetzen?«

Wenn Menschen ihre Existenzgrundlage aufgrund von Klimazerstörung, ungerechten Handelsverträgen, rücksichtsloser Rohstoffausbeutung, Landgrabbing und Rüstungsexporten verlieren und flüchten müssen, wenn man sie auf der Flucht bewusst ertrinken lässt oder in die Folterlager Libyens oder der Türkei zurückschickt, um den menschenverachtenden Rechten hierzulande den Wind aus den Segeln zu nehmen – dann steht auch unsere Lebensweise und unsere Demokratie in Flammen. Wie können wir diesen Zuspitzungen begegnen? Wie können die Brüche in der Gesellschaft konstruktiv genutzt werden, um einer »anderen Welt« ein Stück näher zu kommen? Was bedeutet das für 20 Jahre globalisierungskritische Bewegung und für Attac? Darüber möchten wir mit prominenten Gästen und mit einem breiten Publikum in der Paulskirche diskutieren.

Wir laden alle herzlich dazu ein, daran teilzunehmen und am selben Wochenende das 20. Attac-Jubiläum mit uns zu feiern!

15. Februar 2020

14 Uhr, Frankfurter PaulskircheBegrüßung: Peter Feldmann
(Frankfurter OB)Keynote: Heribert Prantl (Autor und
Journalist, Süddeutsche Zeitung)**15 Uhr**Offene Diskussionsrunden mit Vertreter*innen
verschiedener Organisationen**16 Uhr**Diskussion mit Luisa Neubauer
(Fridays for Future), N.N. (Seenotrettung)
und weiteren Gäst*innen

Anmeldung: paulskirche@attac.de

Ab 20 Uhr, Café KozParty zum 20. Jubiläum von Attac
Deutschland

16. Februar 2020

11 Uhr, Foyer der Naxoshalle

Matinee

Alle dürfen gleichermaßen mitbestimmen.

Weder Geld noch Herkunft dürfen darüber bestimmen, wer seine Interessen besser durchsetzen kann.

Der Staat ist verpflichtet, die Demokratie zu schützen.

Die Staatsgewalt muss dem Willen der Bürger*innen folgen. Der Staat muss seine Politik an den Bedürfnissen der Bürger*innen ausrichten, nicht an denen der Wirtschaft.

Deutschland ist ein sozialer Staat.

Ein sozialer Staat muss dafür sorgen, dass seine Einwohner*innen von ihrer Arbeit ein gutes Leben führen können, und ohne Arbeit auch. Nicht nur die deutsche Innen- und Wirtschaftspolitik haben sich nach sozialen Grundsätzen zu richten, auch die Außen- und Handelspolitik.

Die Würde des Menschen zu achten und zu schützen ist die Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Dieser Grundsatz ist nicht geografisch an deutsche Landesgrenzen gebunden; vielmehr ist der deutsche Staat verpflichtet, auch seine internationalen Handlungen nach diesem Grundsatz auszurichten.

Aus der Attac-Paulskirchenerklärung vom
15. September 2018

Attacademie

Praxiswerkstatt für solidarisches, ökologisches und demokratisches Wirtschaften



Foto: Stephanie Handtmann

Die Attacademie ist ein Fortbildungsangebot für Aktivist*innen und Multiplikator*innen – und Menschen, die es werden wollen. Sie richtet sich an alle Menschen, die die Entwicklung und Etablierung einer ökologisch tragbaren, solidarischen und demokratischen Wirtschaft voranbringen wollen.

Gemeinsam mit euch bilden wir ein Jahr lang einen solidarischen und selbstbestimmten

Lernraum. In einer Gruppe von 16 Teilnehmenden eignet ihr euch Theorien, Ideen und Konzepte an, vernetzt euch mit anderen Aktiven und bekommt Unterstützung und Ermutigung für eigene politische Projekte.

Als Teilnehmer*in des Kurses

- entwickelst du eine fundierte und wertebasierte Kritik am aktuellen Wirtschaftssystem sowie an den ihm zugrunde liegenden Wirtschaftstheorien;
- bekommst du einen Überblick über ökonomische Theorien jenseits des Mainstreams – unter anderem Marx' Kritik der politischen Ökonomie, ökologische Ökonomie, Degrowth, (neo-) keynesianische und Feministische Ökonomie;
- bekommst du einen Überblick über die relevanten Ansätze, Akteure, Kräfteverhältnisse und Netzwerke gesellschaftlicher Transformation;
- lernst du Akteure und Projekte gelebter Praxis des alternativen Wirtschaftens und fairer

Handelsbeziehungen kennen – zum Beispiel Buen Vivir, Solidarische Ökonomien, Commons-Initiativen und Kollektivbetriebe;

- diskutierst du die notwendigen gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen, Hürden und Strategien für die Transformation zu einer solidarisch-ökologisch-demokratischen Wirtschaft;
- reflektierst du deine eigene politische Praxis und bekommst Unterstützung und Beratung durch externe Mentor*innen und die Kursgruppe;
- eignest du dir das Handwerkszeug an, um eigene politische Projekte voranzutreiben.

Neugierig geworden?

Weitere Informationen zum Kurskonzept, zu den Inhalten und zur Bewerbung findest du im Internet unter:

www.attacademie.de

Wir freuen uns auf deine Bewerbung!

Recht auf Wohnen statt Recht auf Rendite

Kampagne zur Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit



Foto: Bodo Pallmer

Wohnungsnot betrifft immer größere Teile der Bevölkerung. Mittlerweile bekommen auch Menschen in Klein- und Mittelstädten Schwierigkeiten, bezahlbare Mietwohnungen zu finden. Immer mehr Attac-Gruppen greifen den Mietenwahnsinn als Thema auf, sind doch seine Ursachen eng mit ureigenen Attac-Schwerpunkten wie dem Kampf gegen entfes-

selte Finanzmärkte und gegen Privatisierungen öffentlichen Eigentums verknüpft.

In Kiel, Osnabrück, Düsseldorf, Frankfurt, Regensburg und zahlreichen weiteren Kommunen mischen sich Attac-Gruppen in die örtliche Wohnungspolitik ein. Sie fordern unter anderem den Aufbau und die Bereitstellung bezahlbarer öffentlicher Wohnungsbestände und kämpfen für Rekommunalisierungen von Grund und Boden.

Bei der diesjährigen Kommunenkonferenz zur Wohnungsfrage, die Attac mit zahlreichen Bündnispartner*innen organisierte, sprachen sich Referent*innen und Teilnehmer*innen an vielen Stellen für eine umfassendere Transformation aus, wie sie mit der Einführung einer Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit angestrebt wird.

Der Grundgedanke dabei ist einfach: Wohnungsunternehmen, die sich zu dauerhaft leistbaren Mieten und der Demokratisierung ihrer Geschäftspolitik verpflichten, erhalten Steuererleichterungen und privilegierten Zugang zu

Fördermitteln und öffentlichen Grundstücken. Das Ziel ist eine schrittweise Verschiebung der Eigentumsstruktur von Mietshäusern und Boden zugunsten von öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen.

Die bundesweiten Attac-Arbeitsgemeinschaften »Kommunen« und »De-Privatisierung« bereiten gemeinsam eine Kampagne vor, um die Einführung der Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit auf kommunaler, Landes- und Bundesebene voranzutreiben. Dafür ist zunächst ein Strategieworkshop geplant, der Anfang 2020 stattfinden soll. Wir freuen uns über weitere Mitstreiter*innen. Meldet euch gerne bei uns und klinkt euch in die Planung der Kampagne ein.

Kontakt: privatisierung@attac.de

Lesetipp: Warum wir eine Neue Wohnungsgemeinnützigkeit brauchen

www.attac-netzwerk.de/ag-de-privatisierung/wohnen/mietenwahnsinn-neue-wohnungsgemeinnuetzigkeit

Neu im Webshop

Eine andere Digitalisierung ist möglich



Dagmar Paternoga / Werner Rätz /
Dominik Piétron

Eine andere Digitalisierung ist möglich

Chancen und Risiken einer vernetzten Gesellschaft

AttacBasisTexte 56

Das Smartphone als ständiger Begleiter, die passende App für jeden Zweck, von Onlineshopping über soziale Netzwerke bis hin zu vollautomatisierten Produktionsanlagen – wir können uns

dem Sog der Digitalisierung kaum entziehen und wollen es oft auch gar nicht. Zu verlockend ist die neue Bequemlichkeit, zu überzeugend die digitale Erweiterung der eigenen Handlungsmöglichkeiten.

Doch während die IT-Industrie mit steigender Geschwindigkeit technische Innovationen auf den Markt bringt, treten die Schattenseiten der digitalen Transformation immer deutlicher zutage. Die sozial-ökologische Zivilgesellschaft sieht sich zunehmend mit Techkonzernen wie Google, Amazon und Alibaba konfrontiert, die durch die Monopolisierung von Daten völlig neue Dimensionen von Macht entfalten. Dienstleistungsplattformen wie Uber und Deliveroo erschaffen ein digitales Prekariat, Social Media verkommt zur Spielwiese für Social Bots und Hasskommentare, und die staatliche Überwachung wird jenseits des NSA-Skandals weiter ausgebaut.

Mehr denn je ist es heute nötig, einen offenen Diskurs über die Potenziale und Gefahren von digitaler Technologie zu führen. Doch wo sollen wir beginnen? Dieser Attac-Basistext schlägt Pfade durch den Dschungel der Digitalisierung. Er soll einerseits dabei helfen, die zentralen Dynamiken des digitalen Kapitalismus zu verstehen, und zeigt andererseits auf, wie und wieso es sich für eine solidarische und nachhaltige digitale Gesellschaft zu kämpfen lohnt.

Bestellungen online unter www.attac.de/shop,
telefonisch unter 069-900 281-10 oder per
Fax an 069-900 281-99.

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht.

Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen von Attac weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter: Tel.: 069-900 281-10
E-Mail: info@attac.de

Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz. Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung: datschutzbeauftragter@attac.de

Impressum

Attac Trägerverein e. V.
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069-900 281-10
Fax: 069-900 281-99
E-Mail: info@attac.de

Produktion: Attac Trägerverein e. V.
Redaktion: Judith Amler, Jule Axmann,
Lena Bröckl, Frauke Distelrath,
Stephanie Handtmann, Achim Heier,
Hermann Mahler, Jana Mattert
V.i.S.d.P.: Stephanie Handtmann

Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.

Tel.: 069-900 281-10

E-Mail: info@attac.de

Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!



Der CO₂-neutrale Versand mit der Deutschen Post



Mietenwahnsinn stoppen – Wohnen muss Gemeingut werden!

Fast täglich werden explodierende Mieten in den Medien thematisiert, und dieser Mietenwahnsinn betrifft längst nicht mehr nur Großstädte. Aber die Politik reagiert bislang allenfalls auf lokaler Ebene. Dennoch setzt sich mehr und mehr die Einsicht durch: Wohnen ist Teil der Daseinsvorsorge und muss privaten Profitinteressen entzogen werden.

Treibende Kraft der Debatte sind dabei zahlreiche Mieter*inneninitiativen quer durchs Land. Sie fordern: Keine Rendite mit der Miete! Spekulation mit Häusern und Grundstücken muss mit radikalen Mietendeckeln bekämpft werden! Und durch Enteignungen, Rekommunalisierungen und Zukäufe soll der private Wohnungsmarkt geschrumpft und der öffentliche Wohnungsbestand vergrößert werden. Denn die bisherigen Ansätze zur sozialen Wohn-

raumversorgung sind völlig unzureichend – wir brauchen neue Konzepte.

In vielen Kommunen gibt es bereits Initiativen, die erste Schritte auf dem Weg zu einer Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit unternehmen. **Auch Attac engagiert sich für neue Wege zu mehr Wohnungen in öffentlicher Hand – unterstütze uns dabei!**

Das Konzept der Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit kann ein Ausweg aus dem Mietenwahnsinn sein. Gemeinsam machen wir uns stark dafür, dass es bekannt wird und eine Chance hat, durchgesetzt zu werden. **Du kannst uns dabei unterstützen!** Engagiere dich mit uns ab Herbst in unserer Kampagne und **hilf uns bei unserem Engagement für Wohnen als Gemeingut mit einer Spende!** Mit dem unten angehängten Überweisungsträger oder unter www.attac.de/spenden geht das schnell und unkompliziert. Herzlichen Dank!

Hinweis

Attac ist auf Spenden angewiesen. Satzungsgemäß verfolgen wir gemeinnützige Zwecke. 2014 entzog das Finanzamt Attac die Gemeinnützigkeit mit der Begründung, unser Engagement sei zu politisch.

Der Bundesfinanzhof hat diese Sichtweise in seiner Entscheidung vom Februar 2019 aufgegriffen und unsere Klage an die erste Instanz zurückverwiesen. Wir sind entschlossen, den Rechtsweg bis zum Ende auszuschöpfen.

Derzeit können wir leider keine Zuwendungsbestätigungen ausstellen.

Mehr Infos dazu unter www.attac.de/spenden/aktuell

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

ATTAC TRÄGERVEREIN E.V.

IBAN

DE 57 43 06 09 67 08 00 10 08 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

GENODEM1GLS

ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)

ggf. Stichwort

RBF1903

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

DE

06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE